

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 15. und 16.6.2011

TOP 1

Als erster Tagesordnungspunkt erfolgte die Budgetrede von LH-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka mit anschließender Generaldebatte der Klubobleute.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl stellt fest, dass der Budgetvoranschlag 2012 keine Lösungen für die aktuellen Probleme der NÖ Bevölkerung biete. Pendler, Familien und sozial Schwächere könnten sich davon keine Hilfe erwarten. Für 2012 habe Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka den Bürgern ein Budget der Grauslichkeiten aufbereitet, welches nicht im Geringsten die massiven Belastungen der Bundesregierung für Bevölkerung ausgleiche, sondern in vielen Bereichen sogar noch verstärke. In Wahrheit sei auch das NÖ Budget 2012 keinesfalls ausgeglichen, sondern Sobotka habe nur durch den Angriff auf das NÖ „Familiensilber“ versucht, einen einen ausgeglichenen Haushalt vorzutauschen. Der Finanzlandesrat sehe die Probleme der NÖ Bevölkerung nicht und agiere absolut abgehoben. Die Arroganz in NÖ habe daher einen Namen: LH-Stv. Sobotka. Beispielsweise würde die massive Unterdotierung des gesamten Rettungswesens die medizinische Versorgung in unserem Bundesland gefährden. Hingegen seien aber 90 000 Euro für eine Dokumentation zum Thema „Flucht und Vertreibung“, die sich mit dem Thema Migration beschäftigt, budgetiert. Den Behinderten- und Versehrtensport speise man auch mit einem vollkommen ungenügenden Betrag in der Höhe von 28 400 Euro ab. Wenn es um die NÖ Bürger gehe, spare die ÖVP immer wieder ein, währenddessen im Bereich Kunst & Kultur weiterhin Geld in Richtung Nitsch & Konsorten verpulvert werde. Der NÖ Zivilschutzverband, der eine wichtige Stütze des NÖ Sicherheitswesens sei, würde von den Schwarzen sträflich vernachlässigt, ebenso die Katastrophenhilfe und die Pendlerhilfe. Bei der Wohnbauförderung habe man im Rechnungsabschluss 2010 215 Millionen Euro benötigt, für nächstes Jahr würden aber nicht einmal 40 Millionen eingeplant. All diese Grausamkeiten seien für die FPÖ NÖ vollkommen inakzeptabel, weswegen man diesem „Schmähbudget“ sicher nicht die Zustimmung geben wird! Der Klubobmann brachte als Beispiel für das Verschern des Familiensilbers das einstige Mietshausmodell der ÖVP, welche einst beteuerte, dass die Wohnbauveranlagungen ein solches darstellen würden, welches unangetastet bleiben soll. Jetzt gehe „Kapitän“ Sobotka her und verkaufe den Keller sowie den ersten Stock dieses Hauses, bis es in einigen Jahren zur Gänze veräußert worden ist. Die Freiheitlichen werden mit aller Kraft gegen diesen Ausverkauf ankämpfen!

TOP 2

Es folgte eine Spezialdebatte zur Gruppe 0 des NÖ Budgetvoranschlages 2012, betreffend Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Einsparung bei Verwaltung und Repräsentation der Landesregierung“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

*FP-Antrag „Jährlicher Bericht der Repräsentationsausgaben an den Landtag“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP*

*FP-Antrag „Sicherstellung der Verfolgung von Verwaltungsstrafsachen mit Auslandsbezug“: **Einstimmig angenommen***

LABg. Christian Hafenecker merkt an, dass die Gemeinden die kleinste und wichtigste Einheiten unseres Bundeslandes seien, in welchen der direkte Kontakt mit den Bürgern stattfindet. Daher sei es für ihn unverständlich, dass die NÖ Bevölkerung immer mehr mit Gebührenlawinen belastet werde. Der Abgeordnete kritisiert auch die hohe Abgabenquote von 50 Prozent denn die Bürger bekämen im-

mer weniger staatliche Leistungen. Der Schuldenstand des Landes NÖ sei katastrophal hoch und es könne nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Schuldenpolitik der ÖVP zur Kasse gebeten werden. Spekulationsgeschäfte mit Steuergeldern seien abzulehnen!

KO Gottfried Waldhäusl kritisiert die „Lobgesänge“ der ÖVP-Fraktion an die EU. Die Aussage der ÖVP, dass ein österreichischer Euro in Brüssel dreifach nach NÖ zurückkommen würde, sei ein „Schmäh“ und ein böser Täuschungsversuch der schwarzen Euphoriker. Die wirklichen Probleme der EU, zu welchen auch der Euro-Rettungsschirm zähle, werden nicht angesprochen. Das Land NÖ hafte bei diesem Rettungsschirm mit enorm hohen finanziellen Mittel mit, daher habe der NÖ Landtag hier im Interesse der NÖ Bevölkerung zu handeln und sich klar gegen diesen auszusprechen. Die EU habe auch die die vorerst geplanten und von den Freiheitlichen geforderten AKW-Stresstests mit einheitlichen Standards abgeschwächt und setze damit die Sicherheit unserer Bevölkerung sträflich aufs Spiel. Die Union sei unter anderem aufgrund der Griechenland-Krise finanziell kläglich gescheitert. Geld, welches NÖ in grenzüberschreitende Projekte investiert, wäre besser im Sozialbereich zugunsten der heimischen Bürger angelegt! Klubobmann Waldhäusl fordert des weiteren Einsparungen in der Verwaltung und in der Repräsentation der Landesregierung. Dies wäre eine Maßnahme, um Budgetsanierungen vorzunehmen ohne dabei die Bürger zu belasten. Der Abgeordnete brachte daher einen diesbezüglichen Antrag ein und fordert auch per Antrag, dass über die Verteilung der Repräsentationsausgaben der Landesregierung jährlich ein Bericht an den Landtag erstattet wird, da Landesrätin Rosenkranz und auch die SP-Regierungsmitglieder weit weniger als VP-Landesräte bzw. gar nichts aus diesem Topf erhalten würden. Es könne nämlich nicht sein, dass die ÖVP die Repräsentationskosten nach ihrem Gutdünken aufwendet. Waldhäusl sieht die Offenlegung dieser Ausgaben als Verpflichtung gegenüber dem Landtag.

KO-Stv. Erich Königsberger referiert über die Vernachlässigung von Verwaltungsstrafen mit Auslandsbezug bei der Strafvollziehung. Die Strafgeelder, welche dem Land NÖ durch die unzureichende Verfolgung von hunderttausenden ausländischen Gesetzesverletzern zugefügt werden, würden im Finanzhaushalt fehlen. Daher brachte der Abgeordnete einen Antrag ein, um diesen Missstand auszumerken. Königsberger dankt auch den hunderten Polizeibeamten, welche sich laufend mit den ausländischen Rasern abmühen, obwohl die vermeintlichen Strafmandate dann von den Behörden abgewürgt werden würden. Es könne nicht sein, dass die „geblitzten“ ausländischen Autofahrer einer Strafverfolgung entgehen und damit das Land NÖ um enorme finanzielle Mittel komme.

TOP 3

In der Gruppe 1 wurde über öffentliche Ordnung und Sicherheit debattiert.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Statt Ausverkauf sofortige Wiederherstellung der Infrastruktur an den NÖ Grenzübergängen“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Zukunftsvertrag für unsere Feuerwehren“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

KO-Stv. Erich Königsberger kritisiert die Demontierung der Sicherheit in NÖ durch die ÖVP. Ost-Kriminelle würden schon alles stehlen, von der Friedhofsvase bis zum LKW. Dieser traurigen Tatsache müsse die Politik entgegenwirken und nicht, wie es die NÖ Schwarzen praktizieren, durch geschönte Statistiken einfach so abtun. Daher sei die einzige Möglichkeit zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in unserem Bundesland die unverzügliche Wiedereinführung von Grenzkontrollen. SOKOs, wie sie zur Zeit schon inflationär immer wieder eingesetzt werden, können nicht den ihren Kosten

entsprechenden Erfolg erzielen, da die osteuropäischen Banden sofort nach begangener Tat über die offene Grenzen hinaus in ihre Heimatländer fahren. Außerdem müsse es möglich sein, illegale Grenzgänger sofort an der österreichischen Grenze abzufangen. Aber, wenn man sich die ehemaligen Grenzposten anschau, stelle man einen äußerst desolaten Zustand dieser, falls sie noch nicht verkauft worden sind, fest. Das habe sich auch unlängst anlässlich der temporären Grenzkontrollen zum Weltwirtschaftsforum in Wien gezeigt. Die Polizisten sind mit dem Laptop auf der Straße gesessen, da es der bauliche Zustand der Grenzinspektionen nicht zugelassen habe, dass in diesen Dienst versehen werden hätte können. Der Abgeordnete bringt daher einen Antrag zur Wiederherstellung der Grenzinfrastruktur ein.

KO Gottfried Waldhäusl unterstreicht die Bedeutung des Freiwilligenwesens für das Bundesland Niederösterreich. Er spricht den unzähligen Ehrenamtlichen von Feuerwehr und Rettung seinen ganz besonderen Dank und Anerkennung aus. Sie würden dafür sorgen, dass die Infrastruktur und Versorgung in den Gemeinden unseres Landes bestens funktionieren würden. Als aktiver Feuerwehrmann und Vorsitzender eines Dorferneuerungsvereines könne er aus Erfahrung sagen, dass man in Freiwilligenorganisationen Werte wie Kameradschaft, Hilfsbereitschaft und Brauchtumpflege lernen und festigen würde. NÖ müsse den erfolgreichen Weg der Freiwilligen weiter unterstützen und ihnen bei der Umsetzung ihrer notwendigen Ziele beistehen. Es sei auch höchst an der Zeit, die Rechtslage in dem Fall sicherzustellen, wenn ein Arbeitnehmer in der Dienstzeit zu einem Rettungs- oder Feuerwehreinsatz ausrücken muss. Waldhäusl bringt daher einen Antrag betreffend eines „Zukunftsvertrages für die Feuerwehren“ um die engagierten Bürger in ihrer äußerst wichtigen Tätigkeit für unser Land zu unterstützen.

TOP 4

Unter diesem Tagesordnungspunkt wurde die Gruppe 2 des NÖ Budgetvoranschlages betreffend Unterricht, Sport, Erziehung und Wissenschaft.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Abschaffung der Landes- und Bezirksschulräte“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Deutsch nicht nur als Unterrichtssprache, sondern als Schulsprache“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Nein zu Türkisch als Maturasprache“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Keine Schließung des Militärrealgymnasiums Wr. Neustadt“: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

LAbg. Ing. Martin Huber würde sich freuen, wenn den leeren Phrasen und Beschuldigungen von VP-Politikern endlich Taten folgen würden. Das Budget 2012 sei ein „Foul“ an den anständigen Niederösterreichern, da ihr Geld für ein nur zum Schein ausgeglichenes Budget ausgegeben wird, was unseren Kindern und deren Nachkommen leider auf den Kopf fallen würde. Es müsse endlich ausreichend in die Ausbildung unserer Jungen investiert werden und auf Bundesebene eine ehrliche Bildungsreform durchgeführt werden. Aber auch die Lehrer seien entsprechend zu schulen, wie eine Studie aus dem Vorjahr gezeigt habe. Es sei auch nicht möglich, einen Direktor-Posten an einer NÖ Schule anzutreten, ohne das entsprechende Parteibuch zu besitzen. Huber brachte daher einen Antrag zur Ab-

schaffung der Bezirks- und Landesschulräte ein. Diese seien handlungsunfähig und daher entbehrlich. Der Abgeordnete berichtet auch über die Klage einer besorgten Großmutter, deren Enkel am Spielplatz von ausländischen Schülern gemobbt werden würde. In NÖ seien bereits durchschnittlich 20 Prozent der Hauptschüler ausländischer Abstammung. Daher müsse die deutsche Sprache gesetzlich als einzige Schulsprache eingeführt werden, um die sprachlichen Kenntnisse von Migrantenkindern während des Schulbesuches zu fördern und auch Türkisch als Maturasprache, wie derzeit auf Bundesebene diskutiert, unterbunden werden. Diesbezüglichen Anträge brachte LAbg. Huber ein. LAbg. Christian Hafenecker referiert über das Militärrealgymnasium in Wiener Neustadt, in welchem er selbst eine vormilitärische Ausbildung genießen durfte. Neben dem Schulzweig für Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr gebe es auch eine Abteilung, welche aktiven Chargen und Unteroffizieren des Bundesheeres die Möglichkeit gebe, die Matura nachzuholen. Dieser wichtige Schulzweig sei nun von der Schließung bedroht, was in weiterer Folge auch ein Aus für das gesamte Schulbataillon bedeuten könnte. Die FPÖ NÖ wird dies nicht hinnehmen und daher brachte Abgeordneter Hafenecker einen Antrag einbringen, um eine nachhaltige Standortgarantie für das Militärrealgymnasium sicherzustellen.

KO Gottfried Waldhäusl sieht den Sportbereich sehr stark von den Freiwilligen geprägt, jedoch dürfen sich diese engagierten Bürger nicht über ausreichende Zuwendungen vonseiten des Landes NÖ freuen. Der Sport sei wichtig für den Erhalt der Gesundheit unserer Bevölkerung und man sehe auch an den zahlreichen Veranstaltungen der diversen Vereine, dass diese die lokale Wirtschaft massiv ankurbeln würden. Niederösterreichweit seien diese Veranstaltungen ein Wirtschaftsfaktor, dem auch vonseiten der ÖVP NÖ ausreichende Bedeutung zugemessen werden müsse. Gegenüber dem finanziellen Bedarf von 800 000 Euro würden aber nur rund 300 000 Euro für den Jugendsport budgetiert, wodurch man zusätzliche Finanzmittel aus anderen Töpfen zu nehmen habe, was keine sinnvolle Budgetpolitik darstelle. Für die FPÖ ist der Sportbereich äußerst wichtig und muss auch die entsprechende Unterstützung des Landes NÖ erhalten!

TOP 5

In der Gruppe 3 handelte die Diskussion über Kunst, Kultur und Kultus.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

*FP-Abänderungsantrag zu einer Senkung des Budgetansatzes: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Änderung des NÖ Musikschulgesetzes“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

LABg. Benno Sulzberger kritisiert die finanzielle Förderung von Künstlern wie Hermann Nitsch oder anderer „Artisten“, welche Schweinereien mit getrockneten menschlichen Ausscheidungen betreiben würden. Dorthin dürften keine öffentlichen Gelder fließen, da es sich hier nicht um Kunst handle, sondern um perverse Umtriebe von Einzelpersonen. Sulzberger fordert ein Stopp der Gelder für Nitsch, dieses solle für die NÖ Familien und in Forschung & Entwicklung investiert werden. Experten, welche sich kritisch zu dieser „zeitgenössischen Kunst“ äußern würden, bekämen kein Gehör vonseiten der schwarzen Landesregierung. Der Abgeordnete bringt daher einen Antrag mit dem Ziel der Senkung dieses Budgetansatzes ein.

LABg. Ing. Martin Huber betont die enorme Wichtigkeit von Musikschulen für das kulturelle Leben Niederösterreichs. Um eine optimale Ausbildung der Schüler zu sichern, müsse das NÖ Musikschul-

gesetz geändert werden, um endlich die Aufsichtspflicht während den betreffenden Unterrichtsstunden endlich klar zu regeln. In anderen Bundesländern sei dies bereits erfolgt, daher müsse diesem Beispiel auch NÖ folgen.

KO Waldhäusl kritisiert die mangelnde Ernsthaftigkeit mit der manche Abgeordnete des NÖ Landtages die gerechtfertigte Kritik von LAbg. Sulzberger an gewissen Künstlern wie Hermann Nitsch quittiert haben. Derartige Freiberufler dürften nicht mit Steuergeldern gefördert werden, wenn auf der anderen Seite bei den Familien und den sozial Schwachen eingespart werde. Weiters lobt der Klubobmann die Dorferneuerungsvereine, welche einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung der einzelnen Gemeinden beitragen würden. Kultur, Brauchtumpflege und Kameradschaft müssten in den Kommunen wieder mehr Bedeutung erfahren, daher sei die Dorferneuerung vollkommen zweckmäßig. Waldhäusl spricht aus Erfahrung, da er selbst Obmann der Dorferneuerung in seinem Heimatort ist und das Engagement der unzähligen Ehrenamtlichen daher sehr zu schätzen weiß.

TOP 6

Die Gruppe 4 behandelte Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Mehr Geld für familienpolitische Maßnahmen“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

*FP-Antrag „Kostenübernahme in Pflegeeinrichtungen für Menschen aus anderen Bundesländern“: **Einstimmig angenommen***

*FP-Antrag „Errichtung eines Pflegeheimes in Gerasdorf“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

LAbg. Edmund Tauchner möchte angesichts des Budgets 2012 vor allem den Familienbereich ansprechen. Für diesen würden viel zu geringe Budgetmittel vorgesehen werden. Nicht anders sei es bei der Sozialhilfe und der Schuldnerberatung. Das dafür vorgesehene Geld reiche laut Rechnungsabschluss 2010 nicht im Geringsten aus. Gegenüber diesen Grauslichkeiten sei die Integrationshilfe massiv aufgestockt worden. Weiters würden auch die Pendler von der ÖVP NÖ zunehmend stiefmütterlich behandelt, da die budgetierte Pendlerhilfe dem tatsächlichen Bedarf in keinem Fall entspreche. Auch die Familienförderung wurde 2010 enorm gekürzt und auch nächstes Jahr nicht erhöht. Hinzu kämen noch die Beschneidung des Alleinverdienerabsetzbetrages und der Wegfall der 13. Familienbeihilfe durch Beschlüsse der Bundesregierung. Aus freiheitlicher Sicht müsse den Familien endlich wieder mehr Bedeutung zugemessen werden, daher brachte LAbg. Tauchner einen Antrag zur Unterstützung unserer NÖ Familien ein. Im Jugendwohlfahrt-Bereich müsse Kostenwahrheit geschaffen werden, da bei Vergleich von Verbrauch und budgetiertem Betrag man mit der veranschlagten Summe nicht auskommen wird. Die Gesundheit der Jugend müsste es uns aber wert sein! Im Pflegebereich werde auch die Tages- und Kurzzeitpflege unterdotiert. Viele Pflegebedürftige könnten sich ihre Tagesbetreuung nicht leisten oder würden vergebens auf einen Platz in einem überfüllten Heim warten. Vor allem für Menschen, welche aus einem anderen Bundesland stammen, fallen enorme Kosten für die Pflege an. Abgeordneter Tauchner bringt daher einen Antrag ein, wodurch derartige Härtefälle in Zukunft nicht mehr vorkommen sollen.

LAbg. Ing. Martin Huber führt aus, dass Freiheitliche in unzähligen Freiwilligenorganisationen tätig seien. Die Politik dürfe nicht nur Teilzeitarbeitsplätze fördern, sondern tatsächliche Stellen schaffen. Durch die Ostöffnung unseres Arbeitsmarktes würden NÖ Arbeitsplätze massiv gefährdet sein, wo-

gegen die Regierenden von ÖVP und SPÖ ansteuern sollten. Wir bräuchten keine Arbeitskräfte aus dem Osten und müssten selbst mit qualitätsvoller Lehrlingsausbildung für zukünftige Facharbeiter sorgen. Die Politik müsse endlich ihre Hausaufgaben erfüllen und Voraussetzungen für ein Funktionieren des NÖ Arbeitsmarktes ohne osteuropäische Arbeitnehmer schaffen!

KO Gottfried Waldhäusl erklärt, dass der soziale Wohnraum viel zu teuer geworden sei und die Wohnbeihilfe nicht ausreichend budgetiert wurde. Außerdem sei bei vielen Wohnbaugenossenschaften ein umfassender rot-schwarzer Parteienfilz erkennbar, durch welchen sich gescheiterte Bonzen dieser beiden Parteien ein zusätzliches Körpergeld verdienen würden.

LAbg. Ing Martin Huber fordert per Antrag den Bau eines Pflegeheimes in Gerasdorf. Der steigende Bedarf an Heimplätzen würde diese Maßnahme erfordern.

TOP 7

Die Gruppe 5 widmete sich dem Gesundheitsbereich.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

*FP-Antrag „Nein zur Schließung der Isotopenstation im Landeskrankenhaus Mostviertel Melk“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Zusammenlegung der Krankenkassen und Missbrauchsbekämpfung statt Kürzung von Leistungen“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Absicherung von Landarztpraxen“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

*FP-Antrag „Untaugliche AKW-Stresstests und Ausstieg aus EURATOM“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP*

*FP-Antrag „Nein zur Ökostromnovelle der Bundesregierung“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*

*Antrag „Neuregelung des Kostenbeitrages für Kinder und Jugendliche bei stationärer Behandlungen in Krankenanstalten“: **einstimmig angenommen***

Für LAbg. Ing. Martin Huber sind die Leistungen aller im Gesundheitsbereich Tätigen enorm wichtig und daher sei ihnen sein vollster Dank sicher. Das Land NÖ bewege sich leider in Richtung 2-Klassenmedizin. In puncto Krankenhäuser müsse eine flächendeckende Versorgung unserer Bevölkerung sichergestellt werden. Einsparungen im Gesundheitswesen dürften nicht zu Lasten der Patienten getätigt werden, sondern in der Verwaltung. Außerdem müsse die missbräuchliche Verwendung von E-Cards durch die Anbringung von Fotos auf denselben abgestellt werden. Die FPÖ fordert daher die Zusammenlegung sämtlicher Krankenkassen auf zwei Versicherungsträger: Eine für Inländer und eine für Ausländer. Eine Schließung der Isotopenstation im LKH Melk sei für Huber ebenso vollkommen inakzeptabel, da diese für die Region dringend notwendig sei. Ein dementsprechender Antrag

wurde von LAbg. Huber eingebracht. Weitere harsche Kritik des Abgeordneten erntet die Seuchenvorsorgeabgabe, welche nichts anderes als reine Abzocke für die NÖ Bürger darstellt. Der Abgeordnete fordert daher die Aufhebung dieser Seuchenabgabe per Antrag.

LAbg. Benno Sulzberger bekräftigt, dass die zahlreichen Landarztpraxen einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der medizinischen Versorgung der NÖ Bevölkerung leisten würden. Daher sei es umso bedauerlicher, dass sehr viele Landarztstellen pensionsbedingt wegfallen würden, was katastrophale Folgen für den ländlichen Raum nach sich ziehe. Der Erhalt von Hausapotheken würde neben dem medizinischen Aspekt auch zigtausende zu fahrende Kilometer für Patienten und Ärzte einsparen und damit den CO₂-Ausstoß senken. Der Abgeordnete bringt daher einen Antrag zur Sicherung der Landarztpraxen ein.

Sulzberger betont die enorme Bedeutung von einheitlichen, internationalen AKW-Stresstests zur Sicherheit der gesamten Bevölkerung. In Fukushima habe man gesehen, dass beispielsweise Naturkatastrophen mit folgender Beschädigung der Reaktoren wahrliche atomare Horrorszenarien auslösen können. Die FPÖ wird sich daher auch weiterhin für diese wichtige Sicherheitsmaßnahme einsetzen. Die Freiheitlichen seien schon seit ihrem Bestehen offensive Gegner der Atomkraft und würden dies auch in Zukunft fortführen! Ein Ausstieg aus EURATOM müsse auch erfolgen.

KO Gottfried Waldhäusl merkt an, dass die aktuelle Ökostromgesetzesnovelle zwar gegenüber dem Erstentwurf Verbesserungen aufweist, jedoch aber noch einiger Änderungen bedarf. Die Deckelungen im Öko-Förderungsfonds müssten wegfallen, um eine entsprechende Unterstützung für den Ge-
deih erneuerbarer Energiequellen gewährleisten zu können. Die derzeitigen Förderstaus müssten umgehend abgebaut werden. Es sei auch sinnvoll, wenn sich der Landtag für ein starkes Zeichen aus NÖ zu notwendigen Nachjustierungen im Ökostromgesetz entschlief. Fördermittel müssten außerdem in ausreichender Form zur Verfügung gestellt werden. Die FPÖ NÖ steht für ein klares Ja zur erneuerbarer Energie und ein deutliches Nein zum Atomstrom!

TOP 8

In der Gruppe 6 wurde über Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr debattiert.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Gratisparken für NÖ Pendler in Wiener Park & Ride Anlagen“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

*FP-Antrag „Park & Drive Anlagen- Erweiterung entlang der Autobahn A1“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

*FP-Antrag „Infrastrukturpaket für das Waldviertel“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

*FP/VP-Antrag „Infrastrukturmaßnahmen für das Waldviertel“: **einstimmig angenommen***

*FP/SP-Antrag „Wirksame Maßnahmen gegen Mautflüchtlinge durch die Gemeinden rund um Grafenwörth“: **einstimmig angenommen***

KO-Stv. Erich Königsberger findet, dass die 450 000 NÖ Pendler von der ÖVP sträflich vernachlässigt würden. Aus freiheitlicher Sicht müssten aber Zeichen der Unterstützung für diese Bürger gesetzt werden. Um die Pendlerhilfe zu erhöhen, könnte man beispielsweise Einsparungen in der Kultur,

Verwaltung und der Repräsentation der Landesregierung treffen. Es könne nicht sein, dass Künstler wie Hermann Nitsch Millionen an Förderung erhalten würden, währenddessen die Pendler mit den von der Regierung verordneten Belastungen alleine gelassen würden. Problematisch sei auch, dass Pendler aus Wien gratis NÖ Park & Ride Anlagen benützen dürfen, wogegen dies für Niederösterreicher in Wien nicht gelten würde. Königsberger bringt daher einen Antrag für Gratisparken niederösterreichischer Pendler in Wiener Park & Ride-Anlagen ein. Die FPÖ fordert auch noch die Aufstockung des amtlichen Kilometergeldes und die Rücknahme der Mineralölsteuer-Erhöhung. Der Abgeordnete kritisiert auch den Kahlschlag der ÖVP bei den Nebenbahnen. Trotz dieser Tatsache lobte LH Pröll die Zusperrpolitik seiner Partei mit überschwänglichen Worten und würde nicht müde, sich am Beispiel der Mariazellerbahn als großer Retter der Bahnen hinzustellen. Tatsächlich seien aber von den 27 durch das Land NÖ übernommenen Nebenbahnen jedoch nur 2 übrig geblieben. In Wahrheit sei man über die Bürger drübergefahren und habe sie ihrer bewährten Infrastruktur beraubt. Alles in allem sei die VP-Verkehrspolitik vollkommen gescheitert.

LABg. Ing. Martin Huber fordert einen raschen Ausbau Park & Drive Anlagen entlang der Hauptverkehrsrouten. Dieser sei nicht zu teuer und würde eine massive Erleichterung für die Pendler bedeuten. Die ÖVP müsse sich zu diesem wichtigen Vorhaben endlich durchringen.

KO Gottfried Waldhäusl kritisiert, dass man im Waldviertel oft mehr als eine Stunde braucht, um eine Autobahn zu erreichen. Die um 15 Jahre verspätete Diskussion um die von der ÖVP immer wieder beteuerte Waldviertelautobahn sei zwar sinnvoll, müsse aber endlich in die Tat umgesetzt werden. Dies bringe einen Aufschwung für die lokale Wirtschaft und Verbesserungen für die unzähligen Pendler. Die Franz-Joseph-Bahn bedürfe auch einer qualitativen Aufwertung, denn es könne nicht sein, dass jene Waggons, welche an anderen Bahnstrecken ausgeschieden werden, in der F.-J-Bahn zum Einsatz kommen. Dies sei ein Schlag ins Gesicht der Waldviertler. Waldhäusl stelle auch fest, dass er Unterstützung von Abgeordneten anderer Parteien, insbesondere der Volkspartei, zu seinen verkehrspolitischen Vorhaben für das Waldviertel bekomme, daher sei die Ablehnung durch die ÖVP im Landtag umso bedauerlicher. Den unzähligen Worten der NÖ Schwarzen müssten endlich Taten folgen. Der Klubobmann bringt daher ein Infrastrukturpaket für das Waldviertel ein: Errichtung einer Autobahn im Waldviertel, Fahrverbot für Mautsünder aus dem Ausland.

LABg. Benno Sulzberger betont, dass die Abwassereinigung zwingend notwendig sei um der Bevölkerung reines Trinkwasser zu garantieren. Daher müsse die dafür vorgesehene Förderstelle entsprechend dotiert werden, da in den Gemeinden bei den Abwasseranlagen immer wieder nachgerüstet werden müsse.

TOP 9

In der Gruppe 7 wurde die Wirtschaftsförderung behandelt.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag „Verhinderung des Bienensterbens durch Verbot eines bestimmten Maisbeizmittels“: **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP*

*FP-Antrag „Leistbare Energie für die NÖ Bürger“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl führt aus, dass man ein deutliches Ja zu Konjunkturpaketen sagen müsse, denn diese würden Arbeitsplätze sichern. Besonders zu unterstützen sei der Tourismus insbesondere unserer Wirte, denn durch diese blühe die Wirtschaft in NÖ auf. Er verweist dabei auf das von ihm initiierte Wirte-Sicherungspaket, welches den Gastwirten Entlastung von den Gebühren-Grauslichkeiten schaffen soll. Die Politik müsse für die Wirtschaft entsprechende Infrastruktur her-

stellen, denn nur durch diese könnten Betriebsansiedlungen lukriert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Bereich Energie spüre die Bevölkerung die Gewinne der landeseigenen EVN nicht. Anstatt in Osteuropa zu spekulieren, sollte die EVN den Landesbürgern günstige Energie zur Verfügung stellen, denn das ist ihre einzige Aufgabe! Waldhäusl brachte daher einen dementsprechenden Antrag ein.

LAbg. Benno Sulzberger weist auf das vermehrte, in Europa künstlich hervorgerufene Bienensterben hin. Die fleißigen Bienen würden durch chemische Maisbeizmittel regelrecht dahingerafft. Dieses Beizmittel nehmen Bienen während des Bestäubungsvorganges auf und verenden kurze Zeit danach. In vielen anderen Ländern sei dieses Beizmittel bereits verboten, in Niederösterreich schob man einen derartigen Beschluss jedoch bisher mit der Begründung, dass es im Honig nicht nachzuweisen sei, auf. Die FPÖ NÖ fordert daher per Antrag das Verbot dieses Maisbeizmittels! Ernährungssicherheit müsse auch in NÖ sichergestellt werden. Hier sei ein Schulterchluss aller Fraktionen notwendig!

TOP 9

In Gruppe 8 wurden Dienstleistungen behandelt. Da sich außer dem Antragssteller keine Redner zu Wort meldeten, wurde über diesen Antrag ohne Debatte abgestimmt.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne*

TOP 10

Die Debatte in Gruppe 9 handelte von der Finanzwirtschaft.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

*FP-Antrag [„Kein Verscherbeln des NÖ Familiensilbers“](#): **Abgelehnt**, Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne*

KO Gottfried Waldhäusl berichtet über seinen Antrag „Nein zum Verscherbeln des NÖ Familiensilbers“. Es könne nicht sein, dass Finanzlandesrat Sobotka den Kapitalstock unseres Bundeslandes angreife, um seine Schuldenpolitik zu verschleiern. Dieses „Sparbuch“ in Form der gescheiterten Wohnbauveranlagungen dürfe nicht als Ausgleich für die schwarze Misswirtschaft angetastet werden. Sobotkas Aktion zeige aber, dass die VP-Finanzpolitik des Landes NÖ kläglich gescheitert sei und ein derartiges Weiterwirtschaften NÖ in den Bankrott treiben werde.

TOP 11

Unter diesem Tagesordnungspunkt wurde über den Dienstpostenplan abgestimmt. Außer dem Antragssteller meldeten sich keine Redner zu Wort.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

TOP 12

Abschließend wurde über den Budgetvoranschlag 2012 des Landes NÖ als Ganzes abgestimmt.

*Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne*

ENDE

Gesamtdauer der Budgetsitzung: 23 Stunden

